

Herausgegeben von der Europa-Union Deutschland e.V.

Für eine wertegeleitete, realistische gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Inhalt

Von Rainer Wieland und Christian Moos

Der neue ost-westliche Gegensatz	2
Der schiitisch-sunnitische Krieg	7
Die neue Weltordnung	9
Schlussfolgerungen	11
Impressum	16

Seit vielen Jahren schon wird über eine effektive gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik debattiert. Große Schritte hin zu ihrer Verwirklichung sind trotz der Schaffung des leidlich funktionierenden Europäischen Auswärtigen Dienstes nicht unternommen worden. Die Außenpolitik bleibt »domaine réservé« der EU-Mitgliedstaaten, eigene Streitkräfte sind weiterhin ein wesentliches Merkmal nationaler Identität. Die Weltlage könnte aber eine neue Entwicklung einleiten. Denn Europa sieht sich drei unbewältigten existenziellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen ausgesetzt. Zwei sind akut, eine ist chronisch. Keine dieser Herausforderungen lässt sich auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Diese sind erstens die Ukrainekrise oder besser der neue ost-westliche Gegensatz. Zweitens der nah- und mittelöstliche Krisenbogen oder auch der schiitisch-sunnitische Krieg.

Drittens, die beiden ersteren Herausforderungen überwölbend, der langfristige Übergang in eine multipolare Weltordnung, in der die USA als wichtigster Verbündeter und Schutzmacht Europas relativ an Gewicht und Einfluss verlieren. Diese mit großen Gefährdungen einhergehenden Entwicklungen vollziehen sich vor dem Hintergrund der in der Weltfinanzkrise aufgebrochenen europäischen Staatsschuldenkrise, der »sovereign debt crisis«. Der englische Sprachgebrauch verdeutlicht, worum es bei dieser die militärischen Fähigkeiten beeinträchtigenden Krise auch geht, nämlich um eine Krise der nationalen Souveränität. Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, braucht die Europäische Union eine wertegeleitete, realistische gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine europäischem Oberkommando unterstehende, vom Europäischen Parlament kontrollierte supranationale Streitmacht. ♦

1.

Der neue ost-westliche Gegensatz

Die Krise um die künftige Orientierung der Ukraine kam rückblickend nicht überraschend. Moskau war in den Augen vieler Russen der große Verlierer der Zeitenwende von 1989. Russland hat sich unter Vladimir Putin auf einen revisionistischen, nationalistischen Kurs begeben. Die Frage der EU-Assoziierung der Ukraine hat vor diesem Hintergrund zum Ende der europäischen Partnerschaft mit Russland geführt, einen Bürgerkrieg in der Ukraine und einen Wirtschaftskrieg des Westens mit Russland ausgelöst. Dieser neue ost-westliche Gegensatz steht kurz davor, in einen neuen kalten Krieg überzugehen. Die baltischen Republiken, vor allem Estland und Lettland, aber auch Polen fürchten angesichts der russischen Annexion der Halbinsel Krim und der Unterstützung prorussischer Separatisten durch russische Militäreinheiten im Donbass um ihre Sicherheit. Sogar in den skandinavischen Ländern werden die Entwicklungen nicht ohne Sorge betrachtet. Bis

dato strikt auf ihre Neutralität bedachte Staaten nähern sich der NATO an.

Die Zukunft der Ukraine, ihr Weg nach Westen, eng assoziiert an die EU, womöglich mit mittel- bis langfristiger Beitrittsperspektive und sogar einer Mitgliedschaft im atlantischen Militärbündnis, oder nach Osten, als Mitglied der Eurasischen Zollunion und in wirtschafts- und sicherheitspolitischer Ausrichtung auf Russland, sollte de jure allein in Kiew, kann aber de facto nicht allein von der Ukraine entschieden werden. Denn das Völkerrecht stößt auf die Realität seiner Infragestellung durch eine regionale Groß- und nukleare Weltmacht. Die Europäische Union und der Westen können aber auch nicht akzeptieren, dass Moskau über die Zukunft seines westlichen Nachbarn entscheidet, da dies die internationale Ordnung sprengen würde. Eine Frieden und Stabilität sichernde, die internationale Ordnung bewahrende Lösung wird nur



gemeinsam zwischen allen Beteiligten gefunden werden können. Das Gewicht, das die EU dabei auf die Waage bringen kann, hängt stark davon ab, ob sie außenpolitisch geschlossen auftritt und auch militärische Glaubwürdigkeit besitzt. Letzteres ist aufgrund jahrelanger Einsparungen in den Verteidigungsetats nicht mehr der Fall.

Wie konnte es soweit kommen, dass Russland und der Westen in eine neue Konfliktlage geraten sind? Für Moskau ist die Ukraine, die durch den deutschen Diktatfrieden von Brest-Litowsk im Januar 1918 für wenige Jahre und schließlich Ende 1991 ein selbständiger Staat wurde, nicht nur historisch - Stichwort Kiewer Rus -, sondern vor allem strategisch von essentieller Bedeutung. Die Wirtschaft der Ukraine, besonders ihre Schwerindustrie im Osten des Landes, ist klar auf den russischen Markt ausgerichtet. Weite Teile des nach Russland größten europäischen Flächenstaates gehörten in der frühen Neuzeit zur polnisch-litauischen Adelsrepublik. Die Teilungen Polens des späten 18. Jahrhunderts führten dazu,

dass der Westen der Ukraine vor allem unter österreichische Herrschaft kam. Seit 1922 war die Ukraine aber integraler Bestandteil der russisch beherrschten Sowjetunion. Für die Ukraine wie für die anderen Staaten, die Russland zu seiner Einflussphäre zählt, gilt eine Art russischer Monroe-Doktrin. Dass es sich bei dieser russischen Politikkonzeption um geopolitisches Denken handelt, das für das 19. und 20. Jahrhundert typisch war, ändert nichts an der Tatsache, dass sie für Moskau handlungsleitend ist und somit auch von den Verantwortungsträgern der Europäischen Union als gegeben angenommen werden muss.

Der neue Ost-West-Gegensatz wird geprägt durch das Aufeinanderprallen diametral entgegengesetzter politischer Konzeptionen. Russland ist ein autoritär geführter Staat mit Abstiegsängsten und dem Anspruch, Groß- oder sogar Weltmacht zu sein wie einst die Sowjetunion, heute freilich ohne kommunistischen Impetus. Eine demokratische, nach Westen orientierte Ukraine wäre - mindestens in ihrer subjektiven Wahrnehmung - eine unmittel-

bare Gefahr für die herrschenden russischen Eliten. Die EU hat diesen Zusammenhängen, die in Anbetracht nicht zuletzt des Georgienkrieges und der auf seine Energiequellen gestützten Machtpolitik Moskaus Parallelen haben, zu wenig Bedeutung beimessen und stattdessen einen ausschließlich idealistischen Politikansatz verfolgt. Sie stützte sich auf die Herrschaft des Rechts, das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Gerade weil die Politik der EU sich nicht als gegen Moskau gerichtet verstand, hat sie dabei immer auch die Partnerschaft mit Russland betont. Diese war aber bestenfalls substanzlos, möglicherweise auf Seiten der russischen Führung unaufrichtig und auf Seiten der EU naiv.

Die EU hat in weitgehender Ausblendung der nicht westlichen Wertmaßstäben folgenden russischen Interessen einen Assoziierungsvertrag mit der Ukraine ausgehandelt. Die Einsicht, dass auch mit Russland gesprochen werden müsse über eine für alle Seiten, die Ukraine und die EU, aber eben auch Russland zielführende Lösung, reifte spät und wurde nicht ernsthaft von

der EU verfolgt. Dieser Vertrag wurde zum Sprengsatz, als der eher moskautreue Präsident Victor Janukowitsch ihn im Herbst 2013 zu zeichnen ablehnte. Die Enttäuschung der nach Westen orientierten Ukrainer entlud sich in der Revolution des Maidan, dem Kompromisse nicht mehr zu vermitteln waren. Spätestens von da an standen das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer und die russische Interessenlage in einer gefährlichen Frontstellung zueinander.

Die EU argumentierte dennoch klar mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dass das höchst problematisch sein kann, hätte man eigentlich aufgrund der Erfahrung der Balkankriege der 1990er Jahre wissen können. Ungelöst bleibt zudem das Problem der Rangfolge im Völkerrecht zwischen der territorialen Integrität von Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Mehrzahl der Staaten dieser Erde umfasst wichtige ethnische Minderheiten und ist hinsichtlich der jeweiligen Bevölkerung nicht homogen. Immerhin versuchte die EU im Frühjahr 2014 in der Ukraine zu vermitteln. Die Troikareise



des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier und seiner französischen und polnischen Kollegen Laurent Fabius und Radosław Sikorski nach Kiew ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Dabei lag die Entscheidung über den weiteren Gang der Dinge faktisch längst schon nicht mehr in den Händen der Ukrainer.

Machtpolitisch wäre es angezeigt gewesen, dass die EU-Troika nicht mit einer längst ohnmächtigen Kiewer Führung spricht, sondern direkt mit Moskau, von dessen weiterem Verhalten die Entwicklung in der Ukraine unmittelbar abhing. Dem standen aber völkerrechtliche Überzeugungen und Prinzipien sowie die explosive Lage auf dem Maidan entgegen. Denn Verhandlungen mit Moskau hätten so gewirkt, als verhandle die EU mit Russland über die Köpfe der Ukrainer hinweg über das Schicksal der Ukraine. Und tatsächlich wäre das auch ein Stück weit so gewesen. Es wäre Politik nach dem Muster des 19. Jahrhunderts gewesen. Womöglich hätte sich der inzwischen ausgebrochene Krieg in der Ukraine, in dem Russland ein unerklärter

Gegner ist, so zwar vermeiden lassen. Der idealistische Politikansatz der Europäer machte ein solches realpolitisches Handeln aber unmöglich. Dieses Dilemma kennzeichnet die Reaktion der EU auf die Ukraine Krise bis zum heutigen Tag.

Die historische Erfahrung zeigt, dass idealistische Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie realpolitisch untermauert ist. Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson konnte seine Politik des Selbstbestimmungsrechts der Völker im Ersten Weltkrieg nur deshalb bis zu einem gewissen Punkt durchsetzen (betrachtet man die Pariser Vorortverträge, ist auch er gescheitert), weil die USA die bisherige Weltmacht Großbritannien finanzpolitisch von sich abhängig gemacht hatten, Frankreich den militärischen Zusammenbruch befürchten musste und die USA im Begriff waren, so viele Truppen nach Europa zu verlegen, dass die bis dato unbesiegten Mittelmächte nicht dauerhaft standhalten konnten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war zudem auch eine politische Waffe, die besonders von

der Entente gegen Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich eingesetzt wurde, die aber auch die Mittelmächte gegen Russland nutzten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in der Ukrainekrise eine so große Rolle spielt, ist ein zweiseitiges Schwert. Es zu verabsolutieren, kann sich nur leisten, wer bereit ist, dafür bis zum Äußersten zu gehen und gegebenenfalls auch Opfer in Kauf zu nehmen. Es stellt sich die Frage, ob die EU dazu politisch und auch militärisch in der Lage ist.

Immerhin handeln die Europäer bisher einmütig in der Ukrainekrise. Sie reagieren mit Wirtschaftssanktionen auf die russische Herausforderung. Ein klares strategisches Konzept, ein realistisches Ziel dieser Sank-

tionspolitik ist aber nicht erkennbar. Wie lange Moskau den Wirtschaftskrieg innenpolitisch durchstehen kann, darüber gehen die Einschätzungen stark auseinander. Zuweilen ist zu hören, Moskau werde als Verlierer aus dieser Auseinandersetzung gehen. Was das aber außen- und sicherheitspolitisch für die EU bedeutet und ob eine »Niederlage« Russlands überhaupt in europäischem Interesse liegt, darauf gibt es bisher keine überzeugende Antwort. Zudem wächst vor dem Hintergrund der sich einfressenden Konfrontation und der trotz eines Waffenstillstandes anhaltenden Kämpfe in der Ostukraine die Sorge etwa der baltischen EU-Staaten Lettland und Estland, in denen die russischen Minderheiten zum politischen Topthema geworden sind.



2.

Der schiitisch-sunnitische Krieg

Die zweite große Krise mit potenziell globalen Folgen ist die des nah- und mittelöstlichen Krisenbogens. Der so genannte arabische Frühling hat zwar jahrzehntewährende Diktaturen beendet. Mangels zivilgesellschaftlicher Strukturen und demokratischen Konsenses in den größtenteils sehr heterogenen Bevölkerungen haben die sich auftuenden Machtvakuen aber in einer Reihe von Staaten des Maghreb und der arabischen Halbinsel zu verheerenden Bürgerkriegen oder zu neuen Militärdiktaturen geführt. Es ist die selbstkritische Frage zu stellen, ob die im Westen und besonders in Europa als Frühlingserwachen bejubelten Entwicklungen nicht lediglich den zumeist blutigen Austausch der einen Diktatur durch eine andere bedeuteten. Wer im Winter 2010/2011 von einem arabischen Frühling geträumt hat, muss im Herbst 2014 eher einen arabischen Winter befürchten.

In den »failing states« Irak und Syrien ist mit dem Islamischen

Staat ein atavistischer sunnitischer Extremismus aufgetreten, der anders als Terrorgruppen wie Al Quaida auch einen militärischen Machtfaktor darstellt und mittlerweile die gesamte Region bis hin zum NATO-Mitglied Türkei bedroht. Dass die vom Irak ausgehende Instabilität eine direkte Folge des aus idealistischen Motiven geführten, die realen Gegebenheiten nicht hinlänglich wägenden Irakkriegs der USA ist, Washington kämpfte gegen die »Achse des Bösen«, darf in der Gesamtbetrachtung nicht außen vor bleiben.

Diese Bedingungsfaktoren der katastrophalen Entwicklungen nach der so genannten Arabellion sind nicht nur endogener Natur. Im Hintergrund der Gewaltexzesse stehen sunnitische Mächte wie der Golfstaat Qatar und fundamentalistische Islamisten im wahabitischen Königreich Saudi-Arabien. Ihnen gegenüber steht vor allem der schiitische, nicht-arabische Iran, dessen Nuklearambition Israel unmittelbar und mittelbar die Welt gefährdet. Die

akute Bedrohung durch den Islamischen Staat führt derweil *nolens volens* und trotz der nach wie vor ungeklärten Nuklearfrage zu einer unerklärten Zusammenarbeit zwischen dem Iran und dem aus bisheriger Sicht Teherans großen Satan, den USA.

Die nahöstliche Katastrophe hat Millionen von Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Diese Flüchtlingsströme tragen nun zur weiteren Destabilisierung arabischer Staaten wie Jordanien und dem ohnehin bürgerkriegszerzerrissenen Libanon bei. Sie gefährden auch die Stabilität der Türkei, deren ungelöste Kurdenfrage angesichts der westlichen Unterstützung der irakischen Kurden gegen den Islamischen Staat und des Eingreifens der Türkei weitere sicherheitspolitische Fragen aufwirft. Diese Flüchtlingsströme wie auch die auf mehrere Tausend geschätzten europäischen Islamisten, die mit den Truppen des Islamischen Staats für ein Weltkalifat kämpfen, bedeuten für Europa eine gravierende außen- und sicherheitspolitische Herausforderung, die nicht mehr nur durch mittel- bis langfristig wirksame nachbarschaftspolitische Konzep-

te beantwortet werden kann, denen aber auch kein EU-Staat allein zu begegnen imstande wäre. Sie hat nicht zuletzt auch gravierende innenpolitische Implikationen.

Gerade in dem in Gewalt umschlagenden arabischen Frühling hat sich wieder einmal gezeigt, wie uneinig die Europäer außen- und sicherheitspolitisch sind. Das deutsche Regierungshandeln bestimmte zunächst wieder ein inkonsequenter idealistischer Ansatz. Die Chance der Demokratisierung wurde gesehen, die Risiken wurden weitgehend ausgeblendet. Als in Libyen Massaker drohten, gab es keine geschlossene Bereitschaft zu militärischer Intervention, um die europäischen, die westlichen Werte durchzusetzen. Auch aus dem syrischen Krieg, inzwischen dem Hauptaustragungsort des sunnitisch-schiitischen Bürgerkriegs, haben die Europäer sich bis zum für Außenstehende erstaunlichen Auftreten des Islamischen Staats herausgehalten. Von einer klaren europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die im Sinne der europäischen Werte Stabilität projiziert und erforderlichenfalls auch militärisch durchsetzt, kann jedenfalls keine Rede sein.



3.

Die neue Weltordnung

Die dritte große und unbewältigte außen- und sicherheitspolitische Herausforderung, in die die beiden Erstgenannten eingebettet sind, ist die der Entwicklung einer neuen multipolaren Weltordnung. Nach 1989 hatte es kurzzeitig so ausgesehen, als brähe ein Zeitalter des Weltfriedens an. Der Westen hatte den kalten Krieg gewonnen. Damit hatten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte den weltweiten Siegeszug angetreten. Die eng mit Europa verbündeten USA waren für einen historischen Augenblick die einzig verbliebene Weltmacht.

Der Historiker Heinrich August Winkler hat jüngst auf die Ambivalenz schon des Epochenjahres 1989 hingewiesen. Der friedlichen Implosion des Herrschaftsraums der Sowjetunion stand das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking gegenüber. Inzwischen zeichnet sich ab, dass China, das keine Demokratie ist, das westliche Werte wie die Menschenrechte ablehnt

und auch keine Rechtsstaatlichkeit kennt, als Weltmacht des 21. Jahrhunderts an die Seite der USA tritt. Letztere ringen derweil um ihre Identität, sind seit ihrer ein neues Zeitalter einleitenden Verwundung vom 11. September 2001 zutiefst verunsichert.

Neben China, das die Beherrschung Ostasiens und eine Weltmachtrolle anstrebt, treten weitere neue potenzielle Groß- und Weltmächte. In Konkurrenz zu China stehen Indien, Brasilien in der amerikanischen Hemisphäre und das auf seinen Wiederaufstieg fixierte Russland. Die ehemaligen europäischen Großmächte haben derweil außen- und sicherheitspolitisch nur noch als US-Verbündete beziehungsweise als ehemalige Kolonialmächte, etwa in Afrika, regional größere Bedeutung. Die EU-Staaten haben gegenüber den aufstrebenden neuen Wirtschaftsmächten, die größtenteils keine Demokratien nach westlichem Vorbild sind, geringe Rüstungsausgaben und immer weniger einsatzbereite Streitkräfte.

Von globaler Bedeutung ist Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch aufgrund seiner Wirtschaftskraft. Ihr Binnenmarkt macht die EU nach wie vor zu einer wirtschaftlichen Weltmacht. Vor allem angesichts des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs Asiens, aber auch des demografischen Wandels und der Schulden- und Wachstumsproblematik der europäischen Wohlfahrtsstaaten erscheint diese Position jedoch nicht mehr längerfristig gesichert. Ein Kernproblem besteht in der Konkurrenz der Gesellschaftsordnungen. Sind Staaten wie China wirtschaftlich erfolgreich, mittelfristig womöglich weltbeherrschend, so strahlt diese ökonomische Macht auch auf politische Ordnungsvorstellungen ab. Welche Folgen wird das für die atlantischen Werte und die europäische Idee haben?

In wirtschaftlich weniger erfolgreichen Staaten beziehungsweise demokratisch noch nicht gefestigten Transformationsstaaten nährt dies eine autoritäre und vielfach nationalistisch geprägte Versuchung. Mittlerweile gilt das sogar für einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Russland und China werden hier und da als nichtwestliche Rollenmodelle gepriesen. Diese autoritäre Versuchung geht mit konkreten wirtschaftspolitischen Angeboten und Direktinvestitionen einher, die Abhängigkeiten bis hinein in die Europäische Union schaffen und einzelnen EU-Mitgliedern schleichend Souveränität entziehen. Und dieser Souveränitätsverlust ist nicht zu vergleichen mit dem Pooling von Souveränität nach der europäischen Gemeinschaftsmethode. Denn dieses führt zu Handlungsgewinn und nicht -verlust.



Schlussfolgerungen

Die Europäische Union kann ihre Gesellschaftsordnung, die auf westlichen Werten, Demokratie, Freiheit und Menschenrechten gründet, nur bewahren, wenn sie aufs Engste mit den USA zusammenarbeitet. Wer sich in der Welt umschaute, weiß, dass Demokratie und Menschenrechte keine Selbstverständlichkeit sind. Während die Erste Welt im kalten Krieg noch für sich in Anspruch nehmen konnte, das im Vergleich zur Zweiten erfolgreichere Gesellschaftsmodell zu vertreten, kann dies für den Westen, Europa und Nordamerika, zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit Blick auf ehemalige Drittstaaten, die sich anschicken, zu Groß- und Weltmächten aufzusteigen, nicht mehr als uneingeschränkt gesichert gelten.

Freilich ist es möglich, dass Studentenproteste wie die in Hongkong schließlich auch zu einer friedlichen Demokratisierung Chinas führen, dass die digitale Vernetzung der Welt der Freiheit die Bahn bricht, dass auch die in-

dische, nicht-westliche Demokratie Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten größeren Raum einräumt, dass doch noch demokratische, gemäßigt religiöse oder sogar laizistische zivilgesellschaftliche Strukturen im Nahen Osten entstehen, die eigene, mit den allgemeinen Menschenrechten vereinbare Werte entwickeln oder sich am westlichen Gesellschaftsmodell orientieren.

Die Europäische Union kann sich aber nicht als benevolenter Beobachter des zunehmend chaotischen Weltgeschehens zurücklehnen und aus einer Zuschauerrolle mit gelegentlichen humanitären Missionen oder gar kommentierend auf der Galerie hoffen, dass die Rahmenbedingungen für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auch zwischen Lissabon und Tallinn oder gar Kiew ohne weitere Anstrengung bestehen bleiben.

Die zunehmende Überlastung der USA als »Weltpolizist« lässt ein Sich-Verlassen auf die »Pax

Americana« als Vabanque-Spiel erscheinen, das auch das politische Washington nicht mehr lange akzeptieren wird und entlang der sich abzeichnenden Energieautarkie den Wahlbürgern nur noch schwerlich vermitteln kann. Gewiss macht auch eine befreundete Weltmacht Fehler, zuweilen große Fehler. Auch der Westen hat Völkerrecht gebrochen. In von den USA geführten Kriegen wurden Menschenrechte verletzt, teilweise massiv. Der europäische Luxus der Nichtübernahme von Verantwortung, begleitet von einer in weiten Teilen antiamerikanischen Öffentlichkeit schwächt aber die westliche Allianz und gefährdet damit auch das Überleben der europäischen Idee, die niemals losgelöst vom Freiheit gewährenden Schutzschirm der Amerikaner realisierbar gewesen wäre, weder im Westeuropa des Kalten Krieges noch im wiedervereinten Europa der postsowjetischen Zeit. Befänden die Europäer sich in der NATO auf Augenhöhe mit den Amerikanern, wäre ihr Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen der USA allerdings ungleich größer.

Eine auf die Einhaltung des Völkerrechts im Rahmen der UNO

basierte europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist uneingeschränkt richtig. Prinzipien sollten aber nicht bis zur Verleugnung der Wirklichkeit verabsolutiert werden. Auch ein westlicher Fundamentalismus sichert den Weltfrieden nicht. Die Europäer müssen sich im Klaren darüber sein, dass sie einen idealistischen Politikansatz verfolgen. Sie dürfen nicht dem Fehler unterliegen, anderen Mächten oder deren innerstaatlichen Opponenten zu unterstellen, dass sie dieselben Prämissen teilen, dass sich ihr politisches Handeln aus den gleichen Grundannahmen speist. Dieser Fehler liegt am Anfang der Ukrainekrise, er bestimmte die initiale Einschätzung der Arabellion, er begünstigt Verdrängungsprozesse in einer sich rasend schnell verändernden Weltordnung.

Die Europäische Union braucht eine wertegeleitete, gleichzeitig realistische europäische Außen- und Sicherheitspolitik aus einem Guss. Die EU braucht, um eine glaubwürdige westliche Friedensmacht und ein verlässlicher Bündnispartner der USA mit reellem Einfluss auf deren Entscheidungen sein zu



können, eine europäische Armee. Was die EU nicht mehr braucht, sind schlecht ausgerüstete, nur bedingt einsatzfähige, mit teuren Doppelstrukturen belastete nationale Streitkräfte. Die Staatsschuldenkrise legt die Erkenntnis nahe, dass es ein Zurück zu höheren nationalen Rüstungsetats nicht mehr geben kann. Die EU-Staaten müssen ihre Kräfte und ihre Ressourcen bündeln, um ihre äußere Sicherheit finanziell tragfähig gestalten zu können. Ob weit weniger als die derzeit verwandten, für die nationalen Streitkräfte nicht ausreichenden Mittel für eine europäische Armee gebraucht werden, erscheint fraglich. Sicher ist aber, dass mit diesen Mitteln eine weitaus bessere Verteidigungs- und Einsatzfähigkeit abgebildet werden kann als heute.

Dabei kann und darf es nicht darum gehen, dass Europa einer neuen, leider von vielen aufstrebenden Mächten verfolgten imperialistischen Doktrin folgt. Europa braucht keinen neuen Militarismus. Die EU braucht aber Glaubwürdigkeit und die vernünftige Einsicht, dass die Welt noch nicht so demokratisch

und friedvoll ist, dass sie die erfolgreiche Verbannung der Belfrage aus ihren Binnengrenzen als politische Grundannahme auch auf ihre mittel- und unmittelbare Nachbarschaft übertragen könnte. Es ist erschreckend zu konstatieren, wie überrascht etwa das deutsche Auswärtige Amt auf die Politik des Kremls in der Ukraine-Krise reagiert hat.

Europa hat eine realistische Perspektive, eine ernstzunehmende Regionalmacht in einer multipolaren Weltordnung zu sein, deren föderalistisches Beispiel mit liberalem Gesellschaftsmodell und friedlichem Ansatz weltweite Strahlkraft entwickelt. Die Europäische Gemeinschaft, die Europäische Union haben in Ansätzen bereits eine solche Wirkung entfaltet. Die europäische Integrationsleistung hat dieses Potenzial. Bei der Überwindung der europäischen Staatsschuldenkrise geht es auch darum, es zu entwickeln und zu bewahren. Dazu bedarf es einer einheitlichen europäischen Sicherheitsarchitektur, eines ostatlantischen Standbeins der NATO, das gleichberechtigt an die Seite der USA und Kanadas tritt. Europa braucht

eine europäische Armee, die unter dem Oberkommando einer europäischen Regierung steht und für deren Einsatz der Vorbehalt der Zustimmung des Europäischen Parlaments gilt.

Dies als Utopie abzutun, würde bedeuten, den untragbaren gegenwärtigen Zustand zu zementieren. Er kann jedoch nicht fortgeschrieben werden, ohne Europas Freiheit zu gefährden. Eine Avantgarde sollte den Weg der verstärkten Zusammenarbeit beschreiten. De facto findet das schon statt, wenn etwa die Niederlande, um zu sparen, auf eigene schwere Panzer verzichten und

darauf verweisen, dass Deutschland über diese Waffe verfügt. Denn nur wenn sie wehrhaft sind, werden die westlichen Ideen von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten in der Welt des 21. Jahrhunderts überleben können. Nur so wird die EU effektiv eine wertegeleitete Außenpolitik vertreten können, die realistische Aussicht hat, den Fortbestand einer freiheitlichen, die Menschenrechte achtenden demokratischen Gesellschaftsordnung in Europa zu gewährleisten und diese, ohne bevormundend oder destabilisierend zu wirken, mit friedlichen Mitteln in der Welt zu promovieren.



Die Autoren

Rainer Wieland & Christian Moos

Foto: Felix Kindermann



Rainer Wieland ist seit 2011 Präsident der überparteilichen Europa-Union Deutschland. Von 2001 bis 2013 war der 57jährige Stuttgarter Rechtsanwalt Vorsitzender des baden-württembergischen Landesverbandes der Europa-Union. Seit 2006 hat er für den Bundesverband der Europa-Union einen Sitz im ZDF-Fernsehrat. 2008 bis 2013 war er Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung International. Seit 1997 ist Wieland Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2009 einer seiner Vize-Präsidenten. Wieland gehört als CDU-Politiker der Fraktion der Europäischen Volkspartei an. 1975 startete er seine politische Karriere in der Jungen Union. Seit 2007 ist er Mitglied des Präsidiums und Landesvorstandes der CDU-Baden-Württemberg.

Foto: Jan Brenner



Christian Moos ist seit 2011 Generalsekretär der überparteilichen Europa-Union Deutschland. Das 42jährige Vorstandsmitglied des Netzwerks der Europäischen Bewegung Deutschland war 2009 am Aufbau der Hauptstadtgruppe Europa-Professionell in der Europa-Union beteiligt, gehörte deren erstem Vorstand an. Moos leitet seit 2005 den Geschäftsbereich Europa und Internationales beim dbb beamtenbund und tarifunion, war zudem von 2004 bis 2012 persönlicher Referent des dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen. Dem dbb, für den er 2002/2003 in Brüssel war, gehört er seit 2001 als Mitarbeiter an. 1995 bis 2001 war Moos, der einen Teil seines Geschichtsstudiums in Frankreich absolvierte, für mehrere sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete tätig.



Die Europa-Union tritt seit 65 Jahren für eine weitreichende europäische Integration ein – überparteilich und unabhängig. Sie ist lokal, regional und national aktiv und vereint 18.000 Mitglieder aus allen Teilen der Gesellschaft.

Als Mittlerin zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen auf allen Ebenen der europäischen Politik engagiert sie sich für ein »Europa der Bürger«, das von einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird.

mpressum

EUD-konkret: November 2014
ISSN 2194-119X

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e. V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (0 30) 3 03 62 01 30, Fax: (0 30) 3 03 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

In EUD-konkret werden aktuelle europapolitische Themen von Verbandsmitgliedern behandelt. Für den Inhalt sind die genannten Autoren verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Layout:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

© 2014 by Europa-Union Deutschland e. V.
Printed in Germany